

# Beschneidung: Auch Basel prüft Moratorium

**DER RELIGIÖS BEGRÜNDETE** Entscheid des Kinderspitals Zürich (Kispi), vorübergehend keine Beschneidungen mehr durchzuführen, löste heftige Kritik aus. Nun äussert sich Christoph Rehmann-Sutter, ehemaliger Präsident der nationalen Ethikkommission und heute Professor an der Uni Lübeck: «Das Kispi sendet mit dem Moratorium falsche Signale aus. Das Argument, wonach es sich bei Beschneidungen um einen medizinisch nicht indizierten Eingriff handelt, ist völlig aus dem Kontext gerissen», sagt er. Die Beschneidung sei ein zentraler Teil des religiösen Lebens von Muslimen und Juden und tangiere somit die Religionsfreiheit.

Rehmann-Sutter stellt klar: Weder rechts- noch gesellschaftspolitisch lasse es sich rechtfertigen, die Beschneidung als Körperverletzung darzustellen. Eltern würden den Entscheid aus bestem Wissen und Gewissen und im besten Interesse des Kindes fällen. «Ich hoffe, andere Schweizer Kinderspitäler überlegen sich ein vorläufiges Beschneidungsverbot sehr gut.»

Auch die Zürcher GLP-Kantonsrätin Eva Gutmann – sie ist Präsidentin der parlamentarischen Gesundheitskommission – kann dem Beschluss wenig Positives abgewinnen und sieht darin sogar Gefahren: «Beschneidungen werden fortan womöglich privat durchgeführt, was Hygiene-Probleme hervorrufen könnte», sagt sie. Die juristischen Abklärungen erachte sie hingegen als «sinnvoll».

**BEIM DIREKTORIUM** des Universitätsspitals Zürich (USZ) wollte man das Moratorium nicht kommentieren. Nur so viel: «Das Kinderspital hat nur ein kurzes Moratorium angeordnet, um für seine Ärzte die Rechtslage zu klären», sagt Jürg Hodler, stellvertretender Vorsitzender des USZ.

Derweil überprüft auch das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) seine Praxis, wie Sprecherin Martina Beranek auf Anfrage bestätigt. Der Entscheid des Zürcher Spitals habe auch für das UKBB eine «Signalwirkung» gehabt, sagt sie. «Wir klären nun, wie wir damit umgehen wollen. Es ist aber noch kein Entscheid gefällt worden.» Pro Jahr führe das Kinderspital 50 religiös begründete Beschneidungen durch, sagt Beranek. Die grosse Mehrheit der insgesamt 326 Beschneidungen im vergangenen Jahr habe medizinische Gründe gehabt wie etwa Entzündungen oder Verengungen der Vorhaut des Penis. (AZI/LMR/HEC)